

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Arif Taşdelen

Abg. Jenny Schack

Abg. Christiane Feichtmeier

Abg. Stefan Löw

Abg. Toni Schuberl

Abg. Dr. Martin Brunnhuber

Abg. Eva Lettenbauer

Abg. Marina Jakob

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

**Antrag der Abgeordneten Arif Tasdelen, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u. a. (SPD)**

**Öffentlicher Dienst - Nachwuchsinitiative Bayern 2040 (Drs. 19/6812)**

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Arif Taşdelen für die SPD-Fraktion.

**Arif Taşdelen (SPD):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! In unserem Antrag geht es um etwas sehr Grundsätzliches, nämlich um die Frage, ob unser Staat auch morgen noch zuverlässig funktioniert, ob im Amt jemand ans Telefon geht, ob Bescheide rechtzeitig kommen, ob Verfahren in der Justiz nicht ewig dauern, ob Schulen und Behörden genug Personal haben.

Wir beraten unseren Antrag "Öffentlicher Dienst – Nachwuchsinitiative Bayern 2040". Ja, der Freistaat macht bereits Einiges, aber wir dürfen uns nichts vormachen. Die Aufgaben wachsen, viele erfahrene Beschäftigte gehen in den nächsten Jahren in den Ruhestand, und der Wettbewerb um kluge Köpfe wird härter. Wenn wir jetzt nicht entschlossen handeln, spüren das die Bürgerinnen und Bürger sofort an längeren Wartezeiten, langsameren Verfahren und Verzögerungen bei Genehmigungen.

Darum schlagen wir eine klare, praktikable Strategie vor, eine echte Nachwuchsinitiative Bayern 2040, ressortübergreifend mit klaren Zielen und einem regelmäßigen Bericht an den Landtag – nicht als Papier, sondern als Plan, an dem man sich messen lassen muss.

Wir nennen fünf Punkte, die jede und jeder sofort nachvollziehen kann:

Erstens, Sichtbarkeit. Viele junge Menschen wissen gar nicht, welche Berufe der öffentliche Dienst bietet. Wir wollen mehr Präsenz an Schulen, bei Ausbildungsmes-

sen und dort, wo junge Menschen tatsächlich erreicht werden können, insbesondere digital.

Zweitens, Respekt und Image. Der öffentliche Dienst ist kein Klischee, sondern ein Job mit Sinn. Wer hier arbeitet, hält unser Gemeinwesen zusammen – das muss man auch so zeigen, modern und bürgernah.

Drittens, Attraktivität im Alltag. Gute Arbeitsbedingungen, moderne Ausstattung, faire Einstiegsmöglichkeiten, verlässliche Entwicklungschancen und, ja, Vereinbarkeit und Teilzeit.

Viertens, Quereinstieg erleichtern. Wer etwas kann, soll nicht an unnötigen Hürden scheitern. Wir brauchen flexible Qualifizierungen und eine Bezahlung, die in Passbereichen wie IT auch konkurrenzfähig ist.

Fünftens, Ausbildung modernisieren. Die Hochschule für den öffentlichen Dienst muss stärker auf Zukunftsthemen setzen, gerade in der Digitalisierung.

Jetzt kommt der Widerspruch, den man klar benennen muss: Während wir hier über Attraktivität sprechen, kündigt die Staatsregierung an, Teilzeit im öffentlichen Dienst einzuschränken, ausgerechnet dort, wo Vereinbarkeit für viele der Grund ist, überhaupt in den Staatsdienst zu treten.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, auch der Tarifabschluss, der bisher immer zeit- und wirkungsgleich für Beamtinnen und Beamte übernommen wurde, soll jetzt erst mit einer Verzögerung von sechs Monaten für Beamtinnen und Beamte übernommen werden. Ich finde, das ist auch ein Vertrauensbruch.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, das ist ein falsches Signal. Wer an der Vereinbarkeit rüttelt, riskiert Abwanderung, mehr Krankheit, mehr Kündigungen und am Ende noch weniger Personal. Nachwuchs gewinnt man nicht mit Druck – Nachwuchs ge-

winnt man mit Perspektiven, Respekt und Bedingungen, die zu einem modernen Leben passen.

Ich bedanke mich bei allen Beschäftigten und Bediensteten des Freistaats und bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Taşdelen.  
– Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Jenny Schack für die CSU-Fraktion.

**Jenny Schack (CSU):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war ausgesprochen gern in der Verwaltung, habe dort super gern gearbeitet und habe dort wunderbare Menschen kennengelernt, die engagiert waren, die gewissenhaft gearbeitet haben. Ich kann wirklich sagen: Die Verwaltung, der öffentliche Dienst, alle Menschen, die dort beschäftigt sind, sind das Rückgrat unseres Freistaats.

Ja, wir brauchen Wettbewerb. Wir brauchen im Wettbewerb Nachwuchskräfte. Der demografische Wandel zeigt sich überall, und er zeigt sich natürlich auch dort.

Jetzt kann man sagen: Ein wunderbarer Antrag der SPD; denn Sie haben erkannt, dass etwas getan werden muss. Die Analyse und die Problembeschreibung sind möglicherweise richtig, allerdings haben Sie die passende Lösung nicht gefunden – im Gegenteil.

(Arif Taşdelen (SPD): Das steht alles im Antrag, Frau Kollegin! – Unruhe)

Was hier gefordert wird – wir haben ja auch schon im Ausschuss darüber gesprochen –, haben wir längst in die Realität umgesetzt. – Wollt ihr eure Zwiegespräche im Ausschuss weiterführen?

(Arif Taşdelen (SPD): Wir setzen die Ausschusssitzung fort! Entschuldigung!)

– Wunderbar. Ich fange noch einmal an: Wir haben im Ausschuss deutlich gemacht, dass wir seit Jahren daran sind, das, was Sie gefordert haben, umzusetzen. Wir haben das Karriereportal "Sei-daBay". Wir haben begleitende Kampagnen. Wir haben jetzt ein "Sei-daBay" mobil. Damit ist man auch an den Schulen unterwegs, um für den öffentlichen Dienst zu werben.

Die passgenaue Ansprache ist entscheidend. Einfach pauschal hinzugehen, wie das die SPD gerne hätte, ressortübergreifend hinzugehen, quasi mit der Gießkanne überall ein bisschen Geld, am besten für Personal, Werbung und Ähnliches, auszuschütten, funktioniert nicht. Das wird Streuverluste haben. Am Ende wird sich zeigen, dass das sehr, sehr teuer ist, aber nicht sehr viel bringen wird. Im Hinblick auf die sozialen Medien sagen wir alle: Da müssen wir mehr rein. Wir müssen mehr tun. Dort sehen wir, dass Behördenkanäle, die zentral und groß sind, vielleicht gar nicht unbedingt die kleinen Zielgruppen ansprechen. Erfolgreicher sind spezialisierte Kanäle einzelner Bereiche. Dort können wir die jungen Menschen mit bestimmten Interessen, die beispielsweise zur Polizei, zur Finanzverwaltung oder zur Justiz gehen wollen, abholen.

Ich habe es mir vorhin noch einmal ganz konkret angeschaut. Möglicherweise ist die Zahl der Follower in der kurzen Zeit der hitzigen Debattenkultur heute schon gestiegen. Das Finanzministerium hat jedoch ungefähr 7.500 Follower, das Digitalministerium 4.600 Follower und das Innenministerium immerhin 33.500 Follower. Die Angaben betreffen Instagram und sind immer roundabout. Sie können auch gerne woanders nachschauen. Dann gibt es die kleineren und spezielleren Behörden, beispielsweise die Polizei in München. Diese hat 200.000 Follower. Sie wollen überall mit der Gießkanne drübergehen und sagen: Die Großen sind genau das, was wir brauchen. – Das ist es eben nicht. Nachwuchswerbung ist dann wirksam, wenn sie differenziert, nicht groß und beeindruckend ist, Herr Taşdelen. Das Gegenteil suggerieren Sie mit Ihrem SPD-Antrag. Das muss für die Zielgruppe nicht attraktiv sein.

Ein zentraler Punkt des Antrags ist ein verpflichtender Tag des öffentlichen Dienstes an allen bayerischen Schulen. Das klingt super. Wenn wir die Zeit hätten und nichts

anderes unterrichten müssten, könnten wir das vielleicht auch machen, vor allem wenn wir das Geld und das Personal hätten. Das ist jedoch realitätsfern. Die Schulen leisten bereits umfangreiche berufliche Orientierung, übrigens bewusst ergebnisoffen und in jede Richtung. Wenn der Freistaat mit der Einführung dieses Aktionstags nun für sich selbst Werbung machen würde, würde das mit diesem Grundsatz brechen. Andere Bereiche würden zu Recht sagen: Das geht nicht. – Ich bin Mitglied des Wirtschaftsausschusses. Ich weiß ganz genau, dass das Handwerk oder die Pflege sagen würden: Das hätten wir auch gern. – Unabhängig vom organisatorischen Aufwand ist das eine tolle Idee, aber in der Umsetzung vielleicht nicht bis zu Ende gedacht. Hinzu kommt noch der organisatorische Kraftakt. Das spare ich mir. Ich sage lieber, was funktioniert. Wir haben gezielte Schulbesuche und Messeauftritte. Es gibt den Girls' Day und inzwischen auch den Boys' Day. Das alles gibt es bereits. Das habe ich eben schon erklärt.

Moderne Kampagnen des Freistaats stellen bereits klar heraus, dass der öffentliche Dienst für Sicherheit, Bildung und soziale Stabilität steht. Wenn ich in meine Gemeinden schaue, finde ich keine Anzeige, mit der wir werben, in der nicht all das schon drinsteht. Ich kenne das auch aus dem Landratsamt. Sie haben Teilzeit angesprochen. Selbstverständlich wird mit Teilzeit geworben. Weiterhin kann auch mit Teilzeit geworben werden. Es ist nicht so, dass Teilzeit abgeschafft wird. Wir müssen auch mal die Kirche im Dorf lassen. – Sie beugen sich schon nach vorne. Ich weiß, es wird eine Zwischenfrage kommen. Der öffentliche Dienst ist extrem attraktiv. Das müssen wir vielleicht mehr herausstellen. Ich habe dort gearbeitet. Ich finde den öffentlichen Dienst mega attraktiv. Wenn ich nicht hier wäre, würde ich gerne weiterhin in meinem Landratsamt arbeiten. Das liegt vielleicht auch an den Menschen dort. Jede Gemeinde wirbt mit den Features, die der öffentliche Dienst bietet. Dazu zählt Sicherheit. Man ist dort langfristig angestellt und kann auch stabil Karriere machen.

Wenn wir diesen Antrag annehmen würden, würden wir die Bürokratie wahnsinnig aufbauen. Wir würden ein Riesenmonster schaffen, das sich selber verwaltet. Am Ende

des Tages würde es gar nicht so viel mehr machen als das, was wir ohnehin schon haben. Es braucht jedoch noch mehr Geld, noch mehr Verfahren und Ähnliches.

Dort steht ganz viel über IT drin. Das haben Sie vorhin nicht angesprochen. Ich komme noch einmal zu der Schule und zu den Studiengängen. Dort ist es inzwischen möglich, übergreifend miteinander zu arbeiten. Das Lernen wird modern gestaltet. Es ist attraktiv, dorthin zu gehen. Die Frage lautet: Muss denn jetzt jeder promovieren? – Das steht auch in Ihrem Antrag. Ich weiß nicht, ob jeder promoviert haben muss, um in einem Landratsamt, bei der Polizei oder einer anderen Behörde zu arbeiten. Ich glaube nicht. Ich glaube, dass wir einfach wirklich gut ausgebildete Leute brauchen. Wir brauchen wirklich alle.

Der Aufstieg in die 4. QE – das steht auch in Ihrem Antrag – ist bereits mit der modularen Qualifizierung möglich. Das können wir alles beiseitelegen. Was Sie fordern, ist bereits im Großen und Ganzen wirklich umgesetzt. Die Frage lautet nur: Wie kommunizieren wir das? – An dieser Stelle bin ich bei Ihnen. Wir müssen noch deutlicher sagen, dass der öffentliche Dienst ein extrem toller Arbeitgeber ist. Heute habe ich zufällig ein Gespräch geführt, da mich heute zwei Praktikanten begleitet haben. Eine Kollegin, die hier im öffentlichen Dienst angestellt ist, hat gesagt: Ich habe so viele Möglichkeiten im öffentlichen Dienst. Ich kann alles werden. Ich kann von A nach B, in die Tiefe, in die Breite, in die Höhe oder sonst wohin gehen – nicht physisch, sondern aufstiegstechnisch. Ich habe gar nicht gesagt, dass ich dazu heute eine Rede halte. Das ist genau das, was der öffentliche Dienst bietet. Deswegen ist das so toll. Vielleicht muss man das mehr kommunizieren. An dieser Stelle bin ich bei Ihnen. Aber all in all machen wir schon unsere Arbeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Es gibt eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Christiane Feichtmeier von der SPD-Fraktion.

**Christiane Feichtmeier (SPD):** Liebe Frau Schack, auch ich war über dreißig Jahre im Staatsdienst. Ich kann auch über sehr viele positive Dinge berichten. Ich war bei der Polizei. Gerade befinden wir uns in Tarifverhandlungen. Herr Ministerpräsident Söder oder wer auch immer hat schon gesagt, dass die zeitgleiche und inhaltsgleiche Umsetzung des Tarifabschlusses auf Beamtinnen und Beamte ausgesetzt wird, obwohl die Tarifverhandlungen noch nicht einmal abgeschlossen sind. Das trifft mich jetzt echt. Dazu hätte ich jetzt gerne einmal eine konkrete Aussage.

**Jenny Schack (CSU):** Ja, die können Sie sehr gerne haben. Ich danke Ihnen für Ihre langjährige Zeit im Polizeidienst. Wir hatten schon einmal darüber gesprochen. Das waren sehr hilfreiche Jahre für den Freistaat.

Um Ihre Frage zu beantworten: Wir haben das auf keinen Fall ausgesetzt oder verschoben. Es ist nicht weg gewischt worden. Sie reden jetzt darüber, dass die Umsetzung des Tarifabschlusses für Beamtinnen und Beamte um ein halbes Jahr verschoben wird. Das haben wir ausführlich erklärt. Der Freistaat Bayern hat sich in den letzten zehn Jahren – wir können gerne noch einmal nachschauen, nageln Sie mich nicht fest – immer daran gehalten. Ich glaube, das erfolgt seit dem Jahr 2011. Das sind sogar mehr als zehn Jahre. Das ist kein Automatismus. Jedes Jahr muss bestätigt werden, dass man dem folgt. Das ist kein Automatismus. Sie wissen, wie unsere Finanzen generell aussehen. Sie wissen, dass wir sparen müssen.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Kollegin Schack. Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Jenny Schack (CSU):** Deswegen schieben wir es, aber es ist nicht aufgehoben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Löw für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Stefan Löw (AfD):** Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die SPD hat mit ihrer Nachwuchsinitiative für den öffentlichen Dienst das richtige Anliegen, setzt aber leider den falschen Schwerpunkt. Ich bezweifle, dass noch mehr Werbung oder weitere Aktionstage wie Girls' und Boys' Days wirklich etwas bringen. Ich bezweifle auch, dass mehr Diversität und interkulturelle Öffnung – was immer das sein soll – zielführend sind. Die Amtssprache ist Deutsch, und allein Eignung, Leistung und Befähigung dürfen eine Rolle spielen.

(Beifall bei der AfD)

Zur Nachwuchsgewinnung gibt es eine deutlich effektivere Maßnahme, mit der wir deutlich schneller Fachkräfte gewinnen würden, und zwar ohne Mehrkosten, ohne neue Stellen und ohne Konkurrenz zur Wirtschaft. Diese ist ein konsequenter Abbau von Bürokratie. Hier muss unser Schwerpunkt liegen.

Ein kleines Beispiel zur sinnlosen Bürokratie, mit der wir wahrscheinlich alle in letzter Zeit zu kämpfen hatten, ist die Kommunalwahl. In den Unterlagen mussten in der Niederschrift, wenn einer mehrfach genannt werden soll, die Namen der Bewerber aufgeführt werden. Bei der Anlage zur Niederschrift brauchte es wieder die Namen, diesmal mit Adresse und Stimmergebnis; dann beim Wahlvorschlag noch mal das Gleiche, diesmal mit Beruf. Warum brauche ich da drei Formulare, wenn eigentlich auch eines reichen würde?

Weniger Bürokratie hätte noch einen weiteren Vorteil und setzt auch Ressourcen frei: Dadurch würde automatisch der Service am Bürger gestärkt werden, weil einfach mehr Zeit für den Menschen bleibt. Ergänzt man das alles noch durch mehr Digitalisierung, durch quasi Weniger-aufs-Amt-müssen, indem, um beim Beispiel zu bleiben, die Bescheinigung der Wählbarkeit oder des Wahlrechts ohne Umwege einfach direkt ans Landratsamt geht, bekommen die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst auch wieder das Gefühl, wirklich dem Bürger zu dienen, und damit ergibt sich auch der von der SPD erwähnte Punkt: ein Job mit Sinn.

Aus diesen Gründen lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei der AfD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Es gibt eine Zwischenbemerkung vom Herrn Kollegen Toni Schuberl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Toni Schuberl (GRÜNE):** Herr Löw, laut Presse sind Sie schon mit 27 Jahren als Bundespolizist in den vorläufigen Ruhestand versetzt worden. Können Sie uns erklären, warum?

**Stefan Löw (AfD):** Ja, das habe ich auch schon breit genug erklärt; und zwar waren das die dienstlichen Umstände, die mich auch dazu gebracht haben, dass ich mich bei der AfD engagiere, weil ich dieses Land retten will.

(Beifall bei der AfD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Martin Brunnhuber für die FREIEN WÄHLER.

**Dr. Martin Brunnhuber (FREIE WÄHLER):** Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! – Der Antrag geht genau in die richtige Richtung, die wir alle wollen.

(Beifall bei der SPD)

Das muss ich jetzt mal vorab sagen. Wir alle wollen nämlich einen starken öffentlichen Dienst, und wir alle wollen wirklich die besten Köpfe an den richtigen Stellen. Also insofern passt die Richtung. Die Richtung haben wir aber schon eingeschlagen. Da muss man jetzt sagen: Dieser Berichtsantrag würde, so wie es Frau Schack ausgeführt hat, einfach nur zu mehr Bürokratie und wirklich zu einer starken Bindung von Ressourcen führen.

Aber im Einzelnen ist es so, dass wir alles unternehmen müssen, was die jungen Menschen für den öffentlichen Dienst begeistert, damit sie dann auch in den öffentlichen

Dienst einsteigen. Es gibt aber ein paar Sachen, die man im Detail schon noch mal genauer anschauen muss.

Sie haben vom Tag des öffentlichen Dienstes gesprochen. Als ehemaliger Schullehrer und Schulleiter muss ich sagen: An den Schulen wissen wir nicht mehr, was wir noch machen sollen. Wir können an den Schulen nicht alles aufarbeiten, was in der Gesellschaft verkehrt läuft. Wir haben Anfragen, wir haben den Tag der Bundeswehr als Anfrage gehabt. Vielleicht haben wir irgendwann den Tag des Blaulichts, den Tag des öffentlichen Dienstes, den Tag des Irgendwas. – Das können wir nicht leisten.

Aber im Gegenzug dazu muss ich sagen: Die Initiativen, die jetzt momentan schon laufen, und zwar mit den Berufsmessen, mit den Ausbildungsmessen, die in den Regionen vonstattengehen, die an den Schulzentren laufen, wo man sich wirklich präsentieren kann, sind hervorragend und bieten die Möglichkeit, dass wir uns im öffentlichen Dienst super präsentieren.

Es geht also in die richtige Richtung, aber ein verpflichtender Tag des öffentlichen Dienstes würde dazu führen, dass man allen anderen auch die gleiche Möglichkeit eröffnen müsste. Insofern scheidet das aus.

Der nächste Punkt ist: Wir haben komplett unterschiedliche Aufgabenbereiche im öffentlichen Dienst. Als Ausschussvorsitzender weiß ich das ziemlich genau, weil ich mit allen Berufsverbänden Kontakt habe: Es sind 54 verschiedene Verbände. Das heißt 54 verschiedene Anforderungen. Das heißt 54 verschiedene Berufsbilder, 54 verschiedene Dinge, die man einfach darstellen muss; und zwar nicht, wie Jenny Schack gerade vorher schon angekündigt hat, mit der Gießkanne, also auf einer Plattform, sondern die man punktgenau darstellen muss, damit die Leute dafür begeistert werden, sich im öffentlichen Dienst in einem bestimmten Bereich zu engagieren.

Das wird nicht mit einem einheitlichen Internetauftritt gehen. Ich habe es hier. Die Zahlen schauen nämlich so aus: Nordrhein-Westfalen hat es mit einer Plattform in den sozialen Medien probiert. Sie haben 1.400 Follower. Das ist jetzt nicht der Brüller.

In Schleswig-Holstein ist es ein bisschen besser. Da sind es schon 4.200 Follower. Aber für den öffentlichen Dienst, für die 400.000 Beschäftigten bei uns im öffentlichen Dienst, ist das meines Erachtens zu wenig und auch nicht zielführend. Diese Kampagne, die Sie fordern, dass man das bündelt, dass man das zentralisiert, wird nicht funktionieren.

Hingegen funktioniert es jetzt schon, dass man sagt: Diese positive Imagekampagne durch die einzelnen Verbände läuft hervorragend. Paradebeispiel ist die Polizei in Bayern. Die Polizei hat keine Nachwuchsprobleme. Natürlich liegt das auch an dem Berufsbild. Jeder kann sich etwas darunter vorstellen: Blaulicht, Waffen und Schutzweste. Aber die Polizei macht auch richtig gute Werbung für ihren Berufszweig. Insofern können wir da intern schon noch das eine oder andere lernen. Oder der eine kann vom anderen lernen. Ich denke, daran wird man arbeiten müssen, damit man auch in Zukunft einen attraktiven Ausbildungsplatz bietet, aber den auch in den sozialen Medien darstellen kann.

In Sachen Inklusion – da wäre nämlich die positive Imagekampagne – hat uns der Beauftragte für Belange von Menschen mit Behinderung Herr Holger Kiesel bestätigt: Der Freistaat ist hier sehr gut. Sehr gut bedeutet aber nicht, dass man sich ausruhen kann, sondern es geht immer noch besser. Wir versuchen in den Ministerien, wir versuchen in den Behörden natürlich besser zu werden. Aber man kann nicht sagen, wir würden hier nicht schon große Anstrengungen darauf richten.

Der Steigerung der Attraktivität sind natürlich auch durch den Haushalt Grenzen gesetzt. Wir können nicht einfach sagen: Jeder bekommt mehr. – Das würde auch nichts bringen; denn dann wäre es auch nichts wert. Ich glaube, das, was wir haben, ist der richtige Weg: Leistung muss honoriert werden. Das Leistungsprinzip muss auch nach wie vor bestehen. Ich könnte mir vorstellen, dass wir auch in Zukunft noch verstärkt daran arbeiten müssen, dass Leistung honoriert wird. Leistung muss auch entsprechend entlohnt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zur Reform der Hochschulen hat Jenny Schack schon alles ausgeführt. Es ist jetzt nicht das Bestreben, dass man einen Masterstudiengang oder ein Promotionsstudium anbietet. Die Hochschulen für den öffentlichen Dienst bilden halt für die Staatsverwaltung oder deren Bereiche aus. Diese Ausbildung ist momentan punktgenau, wird aber regelmäßig in eine Optimierungsschlaufe einbezogen. Da kann man jetzt noch nicht sagen, in welche Richtung es sich entwickelt. Momentan schaut es aber so aus, dass es die derzeitige Form auch weiterhin so geben wird. Die anderen Dinge sind mit Aufstiegsqualifizierungen gegeben, sind mit Quereinstiegsmaßnahmen gegeben.

Insofern muss ich sagen – jetzt habe ich nur noch acht Sekunden –, dass der Antrag in die richtige Richtung geht. Wir alle wollen die richtigen Leute, die besten Leute für den öffentlichen Dienst gewinnen. Wir alle wollen uns öffnen. Aber der Antrag als Berichtsantrag muss so abgelehnt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Es gibt eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Christiane Feichtmeier, SPD-Fraktion. Bitte, Frau Feichtmeier.

**Christiane Feichtmeier (SPD):** Lieber Kollege Brunnhuber, zur Attraktivität hätte ich jetzt noch eine Frage, und zwar geht es mir um die Teilzeitregelungen, die ja jetzt auch – ich sage mal – ein bisschen angehoben worden sind, von acht auf zwölf Stunden, und diese familienpolitische Teilzeit gibt es nur noch für Kinder bis 14 Jahre. Was kann ich denn jetzt meinen Müttern und Vätern sagen, die jetzt natürlich ziemlich erschrocken sind, dass sie jetzt nur noch Kinder bis 14 Jahre teilzeitmäßig betreuen können, und sich dann eben überlegen müssen: Gehe ich jetzt in Vollzeit, erhöhe ich die Stunden oder lasse ich mich ohne Bezüge beurlauben, damit ich meinen Kinderbetreuungspflichten nachkommen kann?

**Dr. Martin Brunnhuber (FREIE WÄHLER):** Insgesamt ist es schon so: Wir sprechen da schon von einem Bereich, der nach wie vor nicht schlecht ist. Es ist im öffentlichen Dienst nicht so, dass man sagt, wir würden alle auf Alcatraz arbeiten, oder was weiß ich.

(Heiterkeit des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Sondern es ist wirklich so, dass man sagt: Diese Einschränkungen sind im Vergleich zu Wirtschaftsbetrieben wirklich marginal.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Man darf nicht immer diesen Vergleich zur Wirtschaft ziehen. Aber ich denke mal, besonders zur Teilzeit gibt es da auch unterschiedliche Sichtweisen. Die Sichtweise als Behördenleiter oder als Schulleiter oder in Personalverantwortung ist eine andere als die Sichtweise der Arbeitnehmer oder der ganz normalen Beamten, die im öffentlichen Dienst angestellt sind. Wir haben jetzt so entschieden. Das war eine gemeinschaftliche Entscheidung. Das war die Mehrheit. Das ist auch demokratisch. Jetzt werden wir mit diesen neuen Regelungen so arbeiten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Brunnhuber. – Nächste Rednerin ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Eva Lettenbauer.

**Eva Lettenbauer (GRÜNE):** Montagmorgen bei der Familie Meier: Auf Mama Annas Handy ploppt eine Nachricht auf, dass in der Schule der Tochter Anna die letzten zwei Schulstunden entfallen; zwei Lehrer sind krank, es gibt keine Vertretung. Dann geht es natürlich los: Sie versucht, wie sie irgendwie noch die Betreuung organisieren kann. Am Ende nimmt sie wieder kurzfristig früher frei; schon wieder, würde ich sagen.

Nach der Arbeit will dann Papa Thomas noch ins Bürgerbüro, weil für ihren Sohn, den Max, dringend der Personalausweis verlängert werden muss; der wird für eine Klassenfahrt benötigt. Was stellt er fest? – Keine Termine mehr frei, erst in mehreren Wochen.

Dann besucht er noch seine Mutter. Die hatte an dem Tag einen OP-Termin im Uniklinikum und soll auch für einige Tage in der Klinik bleiben. Als er im Krankenhaus angekommen ist, erfährt er, dass die OP wegen der hohen Auslastung an der Uniklinik auf den nächsten Tag verschoben worden ist.

Ob also der Alltag bei der Familie Meier glatt läuft, hängt zu einem ganz großen Teil am öffentlichen Dienst. Dafür möchte ich Danke schön sagen. Danke, dass Sie trotz so vieler Kolleginnen und Kollegen, die jeden Tag fehlen, weil eben Stellen unbesetzt sind, an so vielen Tagen alles aufrecht und glatt am Laufen halten!

Weil immer mehr Mitarbeitende im öffentlichen Dienst in den Ruhestand gehen und gleichzeitig weniger junge Menschen nachkommen, läuft einfach schon seit Längstrem nicht mehr alles glatt. Nachwuchsinitiativen sind überfällig. Ich finde, dass der Freistaat aktuell, wenn es darum geht, Fachkräfte für den öffentlichen Dienst zu gewinnen, vor allem eine nette Verpackung bereitstellt für ein allerdings gar nicht tolles Geschenk: eine schicke Website, wieder und wieder beteuernde Versprechen seitens der Regierung und auch Schlagworte, aber keine Vision, keinen Plan, kein Konzept.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was bekommt man denn wirklich, wenn man dann diese Verpackung öffnet? – Leider an vielen Stellen noch verstaubte Hierarchiedinosaurier, wenig Raum für eigene Ideen, die doch so wichtig wären, und vielleicht an manchen Stellen immer noch Faxgeräte.

Wir wollen den öffentlichen Dienst wirklich nachhaltig attraktiv machen, und zwar nicht nur mit schicken Kampagnen, sondern ganz konkret. Dabei geht es vor allem darum, neue Möglichkeiten zu schaffen: eine gute und auch eine digitale Arbeitsplatzausstattung.

tung schon bei der Ausbildung, kreative Arbeitsplatzmodelle für alle Lebenssituationen, flexible Arbeitszeiten und mehr Teilzeitangebote.

Apropos Teilzeit: Der Vorstoß der Union, vielen Menschen Teilzeit zu verbieten, ignoriert am Ende Lebensrealität, Gesundheit und vor allem die immense Last von Frauen, auch von Männern im Haushalt und in Familien. Lifestyle-Teilzeit: Ich würde sagen, für viele sind ihre Wochenarbeitsstunden, die bezahlt sind, Überlebensteilzeit, und dann kommt noch ganz viel unbezahlte Arbeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

An dem Vorstoß sieht man also, wie es nicht geht. Wir brauchen Jobs, die wirklich zum Leben der Menschen passen.

Wir wollen auch, dass der Wissenstransfer im öffentlichen Dienst beim anstehenden Generationenwechsel gesichert wird, damit das wertvolle Know-how von erfahrenen Mitarbeitenden nicht verloren geht. Außerdem wollen wir mit Jobtickets und einer sicheren Umsetzung der Tariferhöhungen den öffentlichen Dienst finanziell noch einmal attraktiver machen.

Die Mitarbeitenden im öffentlichen Dienst halten unsere Schulen, unsere Ämter, unsere Kliniken, unsere Behörden, die Justiz, die Polizei, also unsere gesamte Demokratie, Tag für Tag am Laufen. Sie sorgen dafür, dass Gesetze umgesetzt, Bürger:innenanliegen bearbeitet und alle grundlegenden Dienstleistungen zuverlässig erbracht werden. Ohne sie funktioniert der Staat nicht.

Lassen Sie uns deshalb alles machen, damit es wirklich gute Werbemaßnahmen gibt, und das sind einfach attraktive Arbeitsbedingungen. Dann sind nämlich alle Mitarbeitenden im öffentlichen Dienst selbst Influencer:innen und machen Werbung, mit ihnen zu arbeiten und in die jeweiligen Einrichtungen zu kommen.

Deshalb Zustimmung von uns für die Familien wie die Meiers, für unseren Alltag und für eine handlungsfähige und starke Demokratie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Marina Jakob, FREIE WÄHLER.

**Marina Jakob (FREIE WÄHLER):** Liebe Kollegin Lettenbauer, ich wollte Ihr Beispiel ganz am Anfang korrigieren. Grundschulkinder dürfen überhaupt nicht früher nach Hause geschickt werden. Das muss mehrere Tage vorher angekündigt werden. Es gibt immer eine Betreuung, und wenn nur eine zweite Tür auf ist, wo die Kinder unter Aufsicht stehen. Es ist definitiv nicht der Fall, dass die Kinder früher nach Hause kommen und man kurzfristig umplanen muss.

Bei weiterführenden Schulen möchte ich an die eigene Schulzeit erinnern, wie toll es in der sechsten Klasse war, eine Stunde früher auszuhaben und nach Hause zu kommen, selbst wenn man eine halbe Stunde, eine Stunde allein zu Hause war. Das kann man Sechstklässlern und aufwärts definitiv zumuten. Es ist also nicht so, dass man deswegen großen Stress zu Hause hat und umplanen muss. Die Aufsicht durch die Schule ist definitiv gewährleistet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Eva Lettenbauer (GRÜNE):** Vielen Dank für die Hinweise. Ich habe von Schulen gesprochen. Selbstverständlich geht es in dem Beispiel um Kinder ab der fünften Klasse. Ich bekomme es doch regelmäßig mit, wie Eltern ins Schwitzen kommen, wie Eltern sich einfach für sich selber das Ziel setzen, dass sie bei den Kindern sind, wenn die zu Hause ankommen. In diesem Sinne war es mir wichtig, dieses Beispiel hier zu bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Kollegin Lettenbauer. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/6812 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – CSU, FREIE WÄHLER und AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wie bereits zu Beginn unserer Sitzung bekannt gegeben, entfällt Tagesordnungspunkt 10.